

Vorbemerkungen:

Zum 30. September 2014 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Finanzierung der Integrationskurs-begleitenden Kinderbetreuung eingestellt. Begründet wurde die Einstellung mit der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz. Die professionelle Betreuung von Kindern mit Migrationshintergrund in staatlichen Einrichtungen fördere den frühzeitigen Spracherwerb und somit die erfolgreiche Integration. Auch in ergänzenden Sprachkursangeboten des Landes ist keine Kinderbetreuung vorgesehen.

Erläuterungen:

In der Praxis zeigt sich, dass die fehlende Kinderbetreuung in den Integrations- und Sprachkursen vielfach die Integration von Frauen erschwert bzw. verhindert. Zugewanderte Familien kommen häufig aus Herkunftsländern, in denen es keine staatliche Kinderbetreuung gab. Die deutschen Kinderbetreuungssysteme sind ihnen fremd. Auf Grund der sprachlichen Barrieren ist eine Information über und Verständigung mit den Kindertageseinrichtungen kaum möglich. Zudem haben sich in Familien, die Krieg, Gewalt und Flucht erlebt haben, Eltern-Kind-Bindungen entwickelt, die eine räumliche Trennung von Kleinkindern nicht zulassen, möglicherweise sogar der psychischen Entwicklung der Kinder zuwider liefe (Sicherheitsgefühl).

Dieser Umstand hat zur Folge, dass vielfach Frauen keinen Zugang zu den Integrationskursen haben, da sie traditionell in den zugewanderten Familien für die Kinderbetreuung zuständig sind.

Das bedeutet nicht nur, dass den Frauen der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt bleibt, sondern auch, dass das traditionelle Rollenbild unterstützt wird.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten in NRW haben die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten aufgerufen ihre Bundes- und Landtagsabgeordneten eindringlich auf diesen Missetand hinzuweisen und sich für die pauschalierte Kostenübernahme der Kinderbetreuung einzusetzen.

Auch die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker im Rhein-Sieg-Kreis, die in ihrer Arbeit vor Ort erleben, welche Auswirkungen der Wegfall der Kinderbetreuung in den Sprachkursen hat, wünschen angesichts der großen Integrationsaufgabe durch die große Anzahl zugewanderter Menschen eine Korrektur der jetzigen Situation.

Um Beratung wird gebeten.

Zur Sitzung des Ausschusses am für Soziales, Gleichstellung und Integration am 21.09.2016